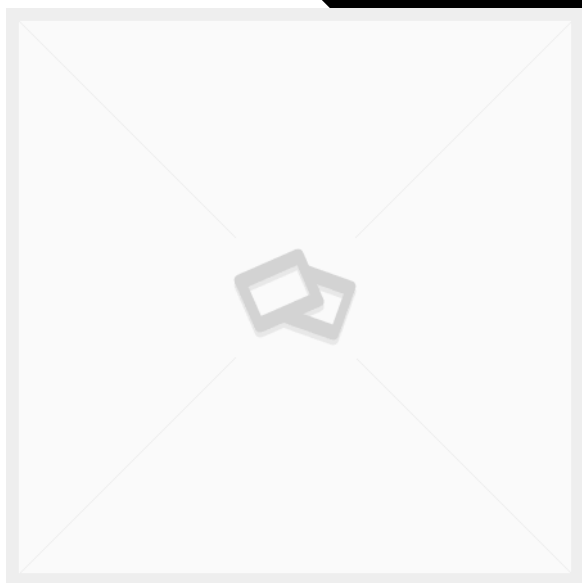


BESCHNITTENES ZUM THEMA: FLÜCHTLINGE



Erstellt am 3. September 2015

[Asyl](#), [Asylpolitik](#), [Flüchtlinge](#),
[Flüchtlingsunterkünfte](#)

Sachsen-Anhalt wurde in diesem Jahr von einem Zustrom von Flüchtlingen überrascht, der die vorgehaltenen Kapazitäten übersteigt. Es ist fraglich, ob die Landesregierung schneller hätte reagieren können. Es besteht die menschenwürdige Unterbringung und elementare Versorgung, Nahrung, Kleidung und medizinische Versorgung Priorität. Die Bundesregierung muss die provisorischen Zeltstädte in den Erstaufnahmelagern durch feste Unterkünfte ersetzt sein.

Perspektivisch stellen die Freien Demokraten folgende Forderungen an die Regierungen in Bund und Land:

1. Der Stau bei den Asylverfahren wird beseitigt und die Verfahren beschleunigt werden. Dazu bedarf es mehr Mitarbeiter im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Bundesregierung muss seine Priorität klar festlegen. Statt tausende Bundesbeamte mit der Kontrolle der bürokratischen Mindestlohnvorschriften zu beschäftigen, sollte verantwortungsvolle Politik sie dort einsetzen, wo sie gebraucht werden. Auch die Länder können dem Bund - etwa auf dem

Weg der Kommunen, das Personal zur Verfügung stellen.

Generell dürfte die Aufenthaltsdauer länger als drei Monate dauern. Flüchtlinge müssen möglichst schnell in die Aufnahmestellen in die Kommunen ziehen können. Dadurch kann der Prozess vor Ort früher beginnen und den verfolgten Menschen ein schneller Ausweg mitbringen. Um diese Situation zu bewältigen, sind alle Stellen, aber auch die Zivilgesellschaft gefordert.

2. Für Flüchtlinge, die aus Staaten kommen, bei denen Asylanträge in ganz überwiegender Mehrheit abgelehnt werden, bedarf es einer pauschalen Stichtagsregelung. Nach einer Stichtagsregelung sollte allen Antragstellern aus diesen Ländern ein Aufnahmestellen zugeteilt werden, die zum Stichtag bereits länger als sechs Monate auf die Aufnahme warten.

3. Dagegen sind andere Länder - etwa vom Westbalkan - zu erklären. Hier bestehen in der Regel keine Bedrohungen von Leib und Leben. Diese Menschen wollen, um sich bei uns ein besseres Leben für ihre Familien zu verdienen. Das ist verständlich, darf aber nicht die Asylverfahren von Flüchtlingen belasten. Deshalb sollten wir ihnen bereits in der ersten Phase andere Möglichkeiten eröffnen, zu uns zu kommen, um im Arbeitsmarkt gebraucht werden. Informations- und Beratungszentren in den Herkunftsländern können erste Anlaufstellen sein. Wir können Arbeitsvisa für Fachkräfte ausstellen. Wer bei uns ankommt und Sozialabgaben zahlt, ist uns mit seiner Familie willkommen. Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz.

4. Wer keinen Asylgrund hat und keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz hat, muss umgehend in sein Heimatland zurückkehren, notfalls per Abschiebung. Auch diese Verfahren sollten länger als drei Monate dauern, damit sich Integration auf diejenigen konzentrieren, die bei uns bleiben.

Bis die Integration gelingt:

5. Die gelungene Integration führt über die Sprache. Daher sollte zuerst der Sprachkurs gesucht werden - zuerst der

Feststellung der Aufnahme und sofort nach Feststellung des Aufenthaltstitels an Sprach- und Integrationskursen. Die Teilnahme sollte kostenlos, aber verpflichtend sein. Sie müssen flächendeckend in ausreichender Anzahl angeboten werden; es darf nicht sein, dass die Integrationsmaßnahmen davon abhängen, in welcher Region man ihm eine Unterkunft findet. Gerade Kindern mit Sprachdefiziten müssen wir eine Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen so früh wie möglich in Deutschland ermöglicht werden. Ist der Aufenthaltstitel noch nicht vorliegend, bestehende Ehrenamtsprojekte im Bereich des Spracherwerbs, um an die deutsche Sprache und Kultur heranzuführen.

6. Wer seinen Lebensunterhalt selbst bestreitet, muss Vertrauen und ist auf dem besten Weg, in die Gesellschaft integriert zu werden. Sie müssen deshalb dafür sorgen, dass auch Asylbewerber ihren Lebensunterhalt bestreiten dürfen, wenn sie es können. Standardisierte Tests, die schon in den Aufnahmestellen können ein erster Schritt sein, um die Fähigkeiten frühzeitig festzustellen. Sind die beruflichen Fähigkeiten der Flüchtlinge bekannt, kann man Menschen, die mit ihnen zusammen bei uns bleiben werden, gezielt vermitteln. Dafür ist eine Zusammenarbeit zwischen der Erstaufnahme und den Arbeitsvermittlungskreisen erforderlich. Wenn möglich sollte bei der Vermittlung der Arbeitskreise auf potentielle Arbeitgeber Rücksicht genommen werden.

7. Wir müssen junge Flüchtlinge eine Ausbildung zu absolvieren, um ihnen eine Zukunft zu eröffnen. Das ist nicht nur gut für sie, sondern auch für unser Land, denn sie werden die Menschen sein, die Deutschland dringend benötigt. Die meisten von ihnen sind sehr motiviert. Da, wo aufgrund der Flucht kein Nachweis über ihre Qualifikation vorliegt, lässt sich dies testen. Um die Ausbildungszeit zu absolvieren können, brauchen die Menschen Sicherheit – in der Ausbildung dürfen sie während der Ausbildung und der folgenden Integration in den Arbeitsmarkt nicht in die Obhut von Behörden übergeben werden. Die Inanspruchnahme von BAföG – bis zum 25. Lebensjahr – muss niemand mehr, nur weil er volljährig wird, sofort abbrechen. Dies gilt innerhalb dieses Zeitraums auch für

den Bestu

Für Sprache und Kultur: die jeweiligen Vorkenntnisse müssen in der Erstaufnahme berücksichtigt werden. Dies würde das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge derzeit nicht leisten. Hier sind Hochschulen, Kammern und Arbeitsverwaltung gefordert, um bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Ebenso muss gelten, dass es Orte geben müssen, in deren Bereich die Asylsuchenden ziehen, hinreichend viele Menschen, um zeitnah miteinander entsprechende Maßnahmen zu vereinbaren.

Zudem fordern die Freien Demokraten

8. Die Landesregierung muss einen zentralen Koordinator einsetzen. Angesichts der enormen Herausforderungen, die der weitere Anstieg der Asylbewerberzahlen mit sich bringen wird, ist eine enge Verzahnung und eine zentrale Bündelung sämtlicher Kompetenzen und Hilfsmaßnahmen unerlässlich. Aus diesem Grund muss die Einrichtung einer Stelle eines Koordinators, der sich in den kommenden Jahren intensiv mit der Flüchtlingsthematik befasst und als zentraler Ansprechpartner für die Beteiligten auf den verschiedenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Ebenen fungiert. Denn alleine durch ein isoliertes Nebeneinanderarbeiten und den Verweis auf die Zuständigkeit des Bundes werden die Probleme nicht bewältigt werden können.

9. Mehr Transparenz und Information für die Kommunen. Um die Aufnahme der Flüchtlinge in den Kommunen zu erleichtern, ist eine umfassendere Information erforderlich. Neben ehrenamtliche Helfer aber auch die Gesamtheit der Bevölkerung besser informiert werden als dies bislang der Fall ist. In allen Politikbereichen gilt, dass nur eine Politik von der Allgemeinbevölkerung getragen wird, die auf Fairness setzt. Nur wenn die deutsche Bevölkerung erkennbar ist, dass Asyl nur denen gewährt wird, die Hilfe brauchen und aus anderen Regionen nachkommen können, die hier Arbeit finden, werden Übergriffe und rechte Ablehnung stoßen. Solchen Aktionen muss mit gesetzlicher Unterstützung und auch mit den Instrumenten des Rechtsstaates begegnet werden.

10. Gesundheit muss bürokratisch organisieren. Momentan muss noch jeder Arztbesuch genehmigt werden. Das überfordert nicht nur die zuständigen Sozialbehörden, sondern auch die Flüchtlinge im Gesundheitsbereich zu Menschen zweiter Klasse. Eine Gesundheitskarte sollen die Flüchtlinge unkomplizierteren Zugang zu notwendigen Grundversorgung erhalten. Dazu muss der Bund den Kommunen die Möglichkeit geben, Rahmenverträge mit den Krankenkassen zu schließen.

11. Die staatliche Ebene, die über die Kostenentscheidungen entscheidet, soll auch die Kosten während des Verfahrens übernehmen. Der Bund muss künftig vollständig die finanziellen Leistungen für die Kommunen übernehmen. Damit sind gleichzeitig die Kommunen nicht mehr Leidtragende des Asylverfahrens, deren Beschleunigung sie selbst beschleunigen müssen.